Abg. Owczarczak-Borowski teilte mit, dass der vorliegende Antrag ausreichend begründet sei. Die ergänzend vorgelegte Sitzungsvorlage werde zur Kenntnis genommen. Sie äußerte den Wunsch an den Landrat, dass er unabhängig der gesetzlichen Entscheidung ab dem 22.03.2007 selber für das Haus einen massiven Nichtraucherschutz einführe.

Der Landrat teilte hierzu mit, dass das Rauchen schon lange ein Thema im Hause sei. In den letzten Jahren sei das Rauchen schon sukzessive eingeschränkt worden. In sämtlichen Wartebereichen (Foyer, Straßenverkehrsamt) sei bereits ein Rauchverbot ausgesprochen worden. Bezüglich der Arbeitsplätze sei er an die Mitbestimmung des Personalrates gebunden. Bisher sei einvernehmlich mit dem Personalrat geregelt worden, dass Nichtraucher nicht am Arbeitsplatz belästigt würden und es sei nicht zu Beschwerden gekommen. Bei bestehendem Publikumsverkehr sei es üblich, dass nicht geraucht werde. Gewisse Spielräume würden den Rauchern belassen, so bestünde die Möglichkeit in Nebentreppenhäusern, die kaum von Publikum benützt würden, zu rauchen. Auf jeden Fall solle vermieden werden, dass vor dem Verwaltungsgebäude geraucht würde. Es müsse klar und deutlich gemacht werden, dass Rauchen gesundheitsschädlich ist, aber Zwang solle nicht ausgeübt werden, so lange andere nicht dadurch belästigt würden.

Abg. Owczarczak-Borowski erfragte, was der Personalrat bisher zu dem Thema Rauchen im Kreishaus unternommen habe und wie der Personalrat zu dem Thema stehe. Des Weiteren bat sie um Mitteilung, ob es in der Vergangenheit zu dem Thema eine Mitarbeiterbefragung gegeben habe, wenn nicht könne dies ja angeregt werden.

Der Landrat gab dem Personalrat die Möglichkeit, sich entsprechend zu äußern. Er wies noch darauf hin, dass er eine Mitarbeiterbefragung nicht für sinnvoll halte, da so Fronten innerhalb der Mitarbeiterschaft entstehen könnten.

Herr Knott teilte mit, dass es mal Brennpunkte in der Kollegenschaft gegeben habe, die jedoch entschärft werden konnten. Weitere Raucherzonen seien angeregt worden, diese seien zwischenzeitlich eingeführt. In der Verwaltung habe man ein Klima erreicht, mit dem Raucher und auch Nichtraucher sehr gut zu Recht kommen, dies solle auf jeden Fall erhalten bleiben. Eine Mitarbeiterbefragung helfe nicht weiter, da daraufhin keine generelle Entscheidung getroffen werden könne. Es müsse ein Miteinander ermöglicht werden, indem der Nichtraucherschutz einen hohen Stellenwert habe und wo niemand durch Passivrauchen gestört werde.

Abg. Beyer bat um Mitteilung, ob es Aufstellungen gebe, um welche Anzahl von Rauchern und Nichtrauchern es eigentlich ginge.

Der Landrat antwortete, dass die Raucher in der Minderheit seien.

Der Vorsitzende erfragte, ob der Antrag ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen werden könne.

Abg. Owczarczak-Borowski erklärte sich damit einverstanden, da es derzeit keine Alternative gebe und eine Abstimmung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Sie teilte hierzu mit, dass der Antrag jedoch in Erinnerung gerufen werde, wenn keine zufrieden stellende gesetzliche Regelung getroffen werde.

Der Vorsitzende fasste abschließend zusammen, dass dann vorerst die gesetzliche Regelung abgewartet und anschließend seitens der Verwaltung berichtet würde, wie diese umgesetzt werde. Der Landrat stimmte dieser Vorgehensweise zu und Abg. Owczarczak-Borowski nahm dies so zur Kenntnis.